Hubert Eichmann

DER WOHLFAHRTSSTAAT AUS SICHT VON ERWERBSTÄTIGEN IN LÄNDLICH GEPRÄGTEN REGIONEN IN ÖSTERREICH[1]

ZUSAMMENFASSUNG

FORBA und SORA analysierten in einer gemeinsamen Studie die Bewertung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in Österreich. Im Anschluss an eine Sekundärdatenanalyse aus dem European Social Survey 2016 wurden in einer qualitativen Studie 40 Beschäftigte aus drei ländlichen Regionen an ihrem Arbeitsplatz interviewt. Wie verlaufen Bewertungen des Wohlfahrtsstaates abhängig von der Region, in der die Befragten erwerbstätig sind? Inwiefern hat außerdem die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe prägende Wirkungen?

Wesentliche Ergebnisse sind:

- Bis auf wenige Ausnahmen äußert die große Mehrheit der 40 Interviewten eine ausgeprägte Zustimmung zum österreichischen Wohlfahrtsstaat.
- Es dominieren zwei Muster: a) eine hohe Zustimmung inklusive Solidarität für sozial schwache Gruppen und b) eine Orientierung am Beitrags- bzw. Reziprozitätsprinzip.
- Mit dem Grad an „Ländlichkeit" steigt die Relevanzsetzung des Reziprozitätsprinzips.

SUMMARY

In a joint study, FORBA and SORA analyzed the assessment of welfare benefits in Austria. Following a secondary data analysis from the European Social Survey 2016, 40 employees in three rural regions were interviewed at their workplace. What are the differences in assessments of aspects of the welfare state, depending on the region in which respondents are employed? To which extent does belonging to a certain professional group have a formative impact?

The main results include:

- With a few exceptions, a vast majority of the 40 respondents express a pronounced endorsement of the Austrian welfare state.
- Two patterns are dominant: a) a high level of approval including solidarity for socially disadvantaged groups and b) an orientation towards the contributory principle and the reciprocity principle.
- The degree of „rurality" increases the relevance of the reciprocity principle.

[1] Der gegenständliche Text ist die Adaption der Zusammenfassung des FORBA-Teils einer gemeinsam mit SORA im Auftrag der GPA-djp durchgeführten Studie zu „Wandel der Erwerbsarbeit und Wahrnehmung von Arbeitsmarktpolitik und Wohlfahrtsstaat in Österreich" (vgl. Eichmann et al. 2019).

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 25–37

1 AUSGANGSPUNKT: LÄNDLICHE REGIONEN ALS RELATIV UNERFORSCHTE ARBEITSWELTEN

Vergleichbar mit der Hypothese, dass auch der Arbeitswelt und den dort registrierten Veränderungen eine prägende Wirkung für bestimmte Einstellungen und Wertmuster (inkl. Verschiebungen im Zeitablauf) zukommt (vgl. Verwiebe et al. 2018, 194), darf dies für Herkunfts*regionen* ebenfalls angenommen werden. Dieser an sich naheliegende Zusammenhang ist (abseits z. B. der Wahlforschung, die nach Gründen für die Stadt-Land-Differenzen in puncto Parteipräferenzen fahndet) allerdings weniger gut belegt als die Fülle an Befunden zu Relationen zwischen Herkunfts*milieu* (Klasse, Schicht, Bildung) und spezifischen Wertausprägungen (vgl. z. B. Bourdieu (1982) oder die Sinus-Milieuforschung (Barth et al. 2018)). Die Annahme milieu- und regionsspezifischer Werte- und Einstellungshorizonte ist im gegenständlichen Forschungszugang eine implizite Grundannahme. Doch weshalb wird der Fokus auf ländliche Regionen gelegt? Warum werden nicht Arbeits- und Betriebswelten in eher urbanen oder suburbanen Räumen analysiert, wo angesichts einer weit vorangeschrittenen Individualisierung und einer dementsprechend hohen Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatsabhängigkeit mehr Zustimmung zu staatlich organisierter Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu erwarten wäre (die sich zudem u. a. in der Verteilung von Parteipräferenzen und im Wahlverhalten niederschlägt)? Eben deshalb liegt das Erkenntnisinteresse darin, Gruppen von Erwerbstätigen bzw. Betrieben in den tendenziell weniger analysierten ländlichen Regionen zu untersuchen, weil dort ambivalentere Positionierungen gegenüber dem Sozial- und Wohlfahrtsstaat anzunehmen sind. Dafür liefert die Studie (vgl. Eichmann et al. 2019) einige forschungsleitende Hypothesen, die sich im empirischen Material widerspiegeln sollten – oder auch nicht.

Erstens sind hier gesicherte Befunde zu nennen, wonach in ländlicher geprägten Regionen traditionelle Werthaltungen verbreiteter sind. Abgesehen von viel „anekdotischer Evidenz" für konservativere Wertmuster in ländlichen gegenüber städtischen Regionen, etwa bedingt durch unterschiedliche Bildungsniveaus (vgl. Haller/Müller-Kmet 2018, 65), ergibt z. B. eine rezente Regressionsanalyse mit Repräsentativdaten aus dem Social Survey Österreich (nicht zu verwechseln mit dem European Social Survey), dass mit zunehmender Wohnortgröße der Wert „Bewahrung von Ordnung" an Bedeutung verliert und demgegenüber die „Offenheit gegenüber Wandel" zunimmt. Zugleich steigen mit der Wohnortgröße in der Bevölkerung Werthaltungen wie Macht- und Leistungsstreben, aber auch Hedonismus (Haller/Müller-Kmet 2018, 65). Unter anderem deshalb zieht es z. B. höher Qualifizierte aus ländlichen Regionen eher in die Städte als andere Teile der Bevölkerung.

Zweitens lässt sich die Hypothese anführen, dass weiterhin Stadt-Land-Unterschiede bei Werthaltungen für indirekte vs. direkte Formen der Reziprozität bestehen. Indirekte Reziprozität steht für den Zuspruch zu Instrumenten der Sozialversicherung bzw. für einen insgesamt gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat zum Schutz gegen unterschiedliche Lebensrisiken – und dürfte in den individualisierten Lebensverhältnissen und eher anonymen Umgangsformen in den Städten stärker verankert sein als am Land. Im Vergleich dazu hat der (traditionelle) Fortbestand von direkter Reziprozität über wechselseitige Hilfe in der Nachbarschaft oder Gemeinde u. a. m. am Land weiterhin mehr Bedeutung – das könnte sich auch in Einschätzungen zu Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik niederschlagen. Zwar dürften sich dahingehende Wert- und Verhaltensmuster in den vergangenen Jahrzehnten deutlich an jene in urbanen Räumen angenähert haben, sind aber dennoch nicht verschwunden bzw. zumindest als „semantischer Kosmos" weiterhin präsent. Man denke etwa an die anhaltende Bedeutung der Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuer-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 25–37

wehr, um als Eigenheimbesitzer im Fall von Hochwasser, Brand oder sonstigen Unfällen unbürokratisch und garantiert Hilfe zu erhalten bzw. um die eigene Bereitschaft für Gemeinschaftsaktivitäten unter Beweis zu stellen. Im Vergleich dazu ist die Kontaktierung der Haushaltsversicherung bei einem Wasserschaden in der städtischen Wohnung ein ziemlich unpersönlicher Vorgang (mit indirekter bzw. marktlich vermittelter Reziprozität).

Drittens und bezogen auf den Erwerbsarbeits- bzw. Betriebskontext lebt insbesondere in vielen kleinen Handwerksbetrieben im ländlichen Raum weiterhin das mehr oder weniger patriarchale Muster des autoritären Eigentümers mit zugleich ausgedehnten Fürsorgepflichten. Der Chef oder die Chefin steht nicht nur in der Verantwortung, die Jobs der Belegschaft zu schützen, sondern zugleich sind Institutionen in der Gemeinde zu unterstützen, etwa der örtliche Fußballverein (dies freilich auch zwecks des Marketings, um z. B. geeignete Lehrlinge zu interessieren). Die innerbetrieblichen Beziehungen zwischen Vorgesetzten und MitarbeiterInnen sind oft weniger über detaillierte schriftliche Vereinbarungen oder gar über einen Betriebsrat geregelt, sondern laufen persönlich im direkten Austauschprozess von Geben und Nehmen ab. Gelegentliche Mehrarbeit im Installationsbetrieb ist kein Problem, sofern man dafür im Gegenzug den Firmenwagen mit den Arbeitsgeräten benützen kann, um z. B. am Wochenende über Schwarzarbeit ein Zusatzeinkommen zu erzielen. Dazu kommt besonders in kleinen Betrieben die ausgeprägte Aversion gegenüber gesetzlichen oder anderweitigen Regelungen, die bürokratischen Zusatzaufwand verursachen. Zu erinnern ist beispielsweise an den Widerstand bei der Einführung der Registrierkasse oder an den Applaus gerade von Kleinbetrieben bei der Einführung des Gesetzes zum 12-Stunden-Tag. Nicht so sehr die unmittelbare Arbeitsmarktpolitik, aber der Wohlfahrtsstaat insgesamt wird hier oft mit Bürokratie assoziiert.

Ein viertes Argument, das in vielen Landgemeinden ambivalente Assoziationen zum Wohlfahrtsstaat nahelegt, betrifft Abwanderungs- bzw. Schrumpfungsregionen. Parallel zu anderen Infrastrukturen (Geschäfte, Gasthäuser) hat sich der als Gesamtheit verstandene Staat mit seinen Institutionen gleichsam sukzessive aus den kleinen Gemeinden zurückgezogen (Schule, Kindergarten, Polizei, Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr) und damit die Abwanderungstendenz (die der Grund für die Schließung der Volksschule etc. war) noch weiter beschleunigt. Insbesondere Frauen mit qualifizierter Ausbildung für Dienstleistungsjobs auch im öffentlichen Sektor (Verwaltung, Krankenhaus etc.) folgen dieser Bewegung und suchen dann eher den Weg in die nächste größere Stadt als die gleichaltrigen Männer. Der Rückbau öffentlicher Verwaltungsfunktionen ist mitverantwortlich für das Geschäfte- und Wirtshaussterben, das in vielen kleinen Gemeinden entleerte Ortskerne zurückgelassen hat. Hauptverantwortlich dafür ist freilich der Wettbewerb der Kommunen um Steuereinnahmen, wodurch angesichts der Pkw-Mobilität die Geschäftszonen an den Ortsrand der Bezirkshauptstädte abgewandert sind und die Ortskerne der umliegenden Dörfer veröden. Ohne das Szenario weiter ausschmücken zu wollen, sollte nachvollziehbar sein, dass sich in diesem Deutungshorizont der (Wohlfahrts-)Staat und mit ihm das „Leben" aus vielen kleinen Ortschaften verabschiedet hat. Dafür gebührt in der Wahrnehmung der Zurückgebliebenen, häufig der Älteren, kein Dank, sondern Kritik.

Ob und inwiefern entlang dieser Argumente belegbar ist, dass unterschiedliche Aspekte im Kontext von Wohlfahrts- und Sozialstaat in manchen ländlichen Regionen kritischer wahrgenommen werden als in städtischen, ist empirisch zu ermitteln. Die Hypothese lautet, dass die Ambivalenz gegenüber dem Gesamtzusammenhang von Wohlfahrts- und Sozialstaat am Land ausgeprägter ist als in Städten, aber nicht so sehr auf Aspekte von Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinn gerichtet (Arbeitslosenunterstützung, aktive Arbeitsmarktpolitik in Form von Qualifizierungsmaßnahmen etc.). Zugleich sind diese Materien in der subjektiven Wahrnehmung schwer voneinander zu

trennen und werden daher oft als ein zusammenhängendes „Syndrom" wahrgenommen, mitsamt den damit kolportierten Bildern von den „typischen" AkteurInnen (Arbeitslose und/oder Wirtschaftsflüchtlinge in der „Hängematte" etc.). In Form von medialer und politischer „Brandbeschleunigung" ist dieses Themenfeld dann prädestiniert für Schwarz-Weiß-Malerei.

2 HAUPTERGEBNISSE

In dieser qualitativen Studie wurden im Frühjahr 2018 insgesamt 40 leitfadengestützte Interviews durchgeführt, die meisten davon in sechs Betrieben (zwei je in den Regionen nördliches Waldviertel, Bezirk Liezen, Bezirk St. Pölten), die den Branchen Nahrungsmittelproduktion, Holzverarbeitung, Einzelhandel, Freizeitwirtschaft, Hotellerie/Gastronomie sowie der mobilen Pflege zuzurechnen sind. Bei der Auswahl der zu Befragenden orientierten sich die StudienautorInnen – abgesehen von Gesprächen mit ManagementvertreterInnen und (soweit vorhanden) Betriebsrat – vorrangig an den „typischen" Beschäftigtengruppen im Unternehmen, d. h. insgesamt mehrheitlich an Personen mit mittleren Qualifikationsabschlüssen wie einer Lehre oder einer Fachschule. Aus den vielen Interviewsequenzen wurden typische Konstellationen generiert, die ein differenziertes Bild von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in puncto beruflicher Zukunftsperspektiven, Einschätzungen zu Arbeitsmarktpolitik sowie zum Wohlfahrtsstaat liefern.

Auf prägnante Hauptaussagen verdichtet lassen sich die Befunde der qualitativen Erhebung wie folgt zusammenfassen:

- Insgesamt überrascht, dass sich vor dem Hintergrund einer sich (dann doch nicht so) rapide verändernden Arbeitswelt, etwa in Richtung Digitalisierung, die Zukunftsunsicherheit der Befragten in den analysierten Betrieben in Grenzen hält. Das hat nicht nur, aber auch damit zu tun, dass diese GesprächspartnerInnen überwiegend in Unternehmen bzw. Branchen tätig sind, die als relativ stabil gelten können, was sich entsprechend in der subjektiven Wahrnehmung spiegelt. Die eigene Arbeitsplatzsicherheit ist allerdings kein unmittelbarer Prädiktor für eine bestimmte Positionierung gegenüber Arbeitsmarkt- oder Wohlfahrtsstaatspolitik.
- Der Informationsstand über verschiedene Instrumente der Arbeitsmarktpolitik sowie die mehr oder weniger qualifizierte Bewertung bis hin zu konkreten AMS-Einschätzungen fällt heterogen aus und lässt sich in erster Linie entlang der ausgeübten Positionen/Rollen im Betrieb sowie anhand eigener Erfahrungen oder solcher im persönlichen Umfeld gliedern. Beispielsweise sind die Sichtweisen von Führungskräften vom Thema Personalrekrutierung geprägt und inwiefern welche Institutionen dazu beitragen, diese zu vereinfachen. Je weniger die Befragten mit Arbeitsmarktpolitik in Berührung kommen (z. B. Personen mit viel Jobsicherheit), desto weniger wissen sie darüber. Zudem spielt die (differenzierte vs. simplifizierende) Medienrezeption der Befragten eine wichtige Rolle für entsprechende Einstellungen.
- Bis auf wenige Ausnahmen äußert die große Mehrheit eine ausgeprägte Zustimmung zum österreichischen Wohlfahrtsstaat. Muster der Akzeptanz lassen sich überraschend klar nach zwei Hauptvarianten gruppieren: Einerseits existiert eine hohe Zustimmung inklusive Solidarität auch für sozial schwache Gruppen und andererseits eine mittlere Zustimmung, die auf eine ausgewogene Balance von eigenen Beitragsleistungen und der

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 25–37

Inanspruchnahme von sozialstaatlichen Leistungen ausgerichtet ist, d. h. überwiegend dem Reziprozitätsprinzip folgt. Mit dem Grad an „Ländlichkeit" steigt die Relevanzsetzung des Reziprozitätsprinzips. Ein drittes Muster, das von Kritik (aus unterschiedlichen Richtungen) am Wohlfahrtsstaat geprägt ist, findet sich nur bei wenigen der Befragten.

- Miteinander vergleichbare Aussagen zu Aspekten des Arbeitsmarktes sowie des Wohlfahrtsstaates finden sich vielfach entlang der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betrieb bzw. Beruf, die insofern eine gewisse Prägewirkung haben. Beschäftigte in Branchen wie Tourismus und Einzelhandel mit viel mehr Kontakten zu Kundinnen und Kunden äußern sich z. B. weniger abwertend gegenüber BezieherInnen von Sozialleistungen – dies nicht zuletzt aufgrund einer Habitualisierung von Einstellungsmustern auch im Interesse des Unternehmens, weil derartige Positionierungen geschäftsschädigend sein könnten. Darüber hinaus sind vergleichsweise einheitliche Positionen am ehesten bei den AbsolventInnen einer mittleren Berufsausbildung wie vor allem der Lehre zu finden. Bei formal höher Qualifizierten mit Matura oder mit akademischem Abschluss gehen die Meinungen ebenso auseinander wie z. B. unter (einigen zusätzlich befragten) arbeitslosen Personen.
- Im Vergleich der drei Untersuchungsregionen (nördliches) Waldviertel, Bezirk Liezen und Bezirk St. Pölten zeigen sich durchaus Unterschiede. In den ländlicheren Regionen, und hier insbesondere im Waldviertel, überwiegen konservative Ansichten in Bezug auf die Inanspruchnahme von sozialstaatlichen Leistungen. Dagegen nehmen die Befragten aus dem semi-urbanen Raum St. Pölten diesen als dynamische Arbeitsmarktregion mit einer wachsenden Wohnbevölkerung und einem kontinuierlichen Ausbau wichtiger Infrastrukturen (Wohnen, Verkehr, Bildung, Konsum u. a. m.) wahr. Damit korrespondieren optimistischere Einschätzungen sowohl zur eigenen beruflichen Zukunft als auch zu Arbeitsmarktpolitik und zum Wohlfahrtsstaat.

3 KENNTNIS UND BEWERTUNG ARBEITSMARKTPOLITISCHER INSTRUMENTE

Ungefähr drei Viertel der 40 in den Monaten April bis Juli 2018 durchgeführten Interviews (mit 22 Männern und 18 Frauen) fanden in sechs Betrieben statt, die einerseits der Nahrungsmittelproduktion sowie der Holzverarbeitung und andererseits dem Einzelhandel, der Freizeitwirtschaft, der Hotellerie/Gastronomie sowie der mobilen Pflege zuzurechnen sind. In drei dieser sechs Unternehmen ist ein Betriebsrat installiert. Allerdings waren BetriebsratsvertreterInnen nur in einer Fallstudie präsent bzw. gingen Beschäftigte nur in diesem Unternehmen auf die Betriebsratstätigkeit ein. Die Auswahl der zu Befragenden in den Fallstudienbetrieben orientierte sich, neben Gesprächen mit ManagementvertreterInnen und (soweit vorhanden) Betriebsrat, vorrangig an den „typischen" Beschäftigtengruppen im Unternehmen, d. h. insgesamt mehrheitlich an Personen mit mittleren Qualifikationsabschlüssen wie einer Lehre oder einer Fachschule.[2]

[2] Neben den 28 Interviews in sechs Fallstudienbetrieben wurden fünf weitere Interviews mit Beschäftigten in anderen Unternehmen in den Untersuchungsregionen und sieben Gespräche mit Personen durchgeführt, die entweder aktuell arbeitslos waren oder zumindest einmal in den letzten drei Jahren arbeitslos gewesen sind. In Bezug auf die Verteilung nach Beschäftigungsverhältnissen sieht das Sample der insgesamt 40 Befragten wie folgt aus: 34 Personen sind zum Interviewzeitpunkt unselbstständig beschäftigt, zwei sind selbstständig beschäftigt (jeweils Eigentümer) und vier Personen sind aktuell arbeitslos.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 25–37

Interessant an der Gegenüberstellung dieser sechs Betriebe ist das variierende Commitment zum Arbeitgeberbetrieb. Während die Beschäftigten in einigen Fällen (Nahrungsmittelproduktion, Einzelhandel) von einer affektiv besetzten Zugehörigkeit zur „Betriebsfamilie" sprechen, überwiegt in anderen Fällen eine distanzierte ArbeitnehmerInnenposition (Tourismus, Holzverarbeitung). Etwas überraschend spielt für diese Zuordnung zumindest in den hier durchgeführten Fallstudien die Betriebsgröße keine besondere Rolle. So wird z. B. das größte Unternehmen im Sample, einer der zentralen Akteure im österreichischen Einzelhandel, insbesondere von MitarbeiterInnen in den Filialen mit familienähnlichen Attributen charakterisiert. Und: Mit steigendem Zugehörigkeitsgefühl steigt zugleich der Zukunftsoptimismus, d. h. jene, die sich enger an ein Unternehmen binden (und vermutlich mehr „reinhackeln"), signalisieren eine höhere Arbeitsplatzsicherheit.

Entgegen der Erwartung, dass vor dem Hintergrund einer sich rasch verändernden Arbeitswelt, etwa in Richtung Digitalisierung, häufig mit beruflicher Zukunftsunsicherheit zu rechnen wäre, ist davon in den Interviews in den Fallstudienbetrieben wenig zu erkennen.[3] Das wiederum ist zu einem Gutteil darauf zurückzuführen, dass die StudienautorInnen, ohne bei der Auswahl darauf abgezielt zu haben, zumeist bei solchen Betrieben auf offene Türen gestoßen sind, die wirtschaftlich gesehen als relativ stabil bis wachsend gelten können, was sich dann auch in der subjektiven Wahrnehmung der Interviewten widerspiegelt. Insbesondere ein durch Digitalisierung und Automatisierung verursachtes Arbeitsplatzrisiko scheint bei den meisten Belegschaftsmitgliedern dieser Betriebe (noch) nicht besonders virulent zu sein, am ehesten noch bei Beschäftigten eines holzverarbeitenden Produktionsbetriebes, der sich kontinuierlich in Richtung „Industrie 4.0" weiterentwickelt. Demgegenüber stufen die MitarbeiterInnen in einem weiteren Produktionsbetrieb sowie in Branchen wie Tourismus, Einzelhandel und Pflege ihre Jobs als ziemlich sicher ein.

Der Informationsstand über verschiedene Instrumente sowie die Bewertung von Facetten der Arbeitsmarktpolitik inklusive AMS oder über aktuelle politische Diskurse fällt heterogen aus und lässt sich in erster Linie nach den ausgeübten beruflichen Rollen im Betrieb einerseits und nach konkreten Erfahrungen andererseits gruppieren. So bringen etwa Führungskräfte vorrangig Sichtweisen ein, die in Zusammenhang mit der Personalrekrutierung im Unternehmen stehen, und kommen dabei auch auf das AMS zu sprechen, dessen Leistungen kontrovers diskutiert werden (von sehr positiv bis überwiegend kritisch). Personen auf der Beschäftigtenebene kennen einzelne arbeitsmarkt- oder sozialpolitische Instrumente in Abhängigkeit von eigenen Erfahrungen oder solchen aus dem persönlichen Umfeld (von Arbeitslosigkeit, Notstandshilfe und Mindestsicherung bis zu AMS-finanzierten Umschulungen oder Väterkarenz etc.). Die zurückhaltenden Inputs mancher GesprächspartnerInnen lassen sich auf die langjährige Beschäftigung im Unternehmen und eine dementsprechende Arbeitsplatzsicherheit zurückführen, weshalb wenig Veranlassung besteht, sich im Detail mit arbeitsmarktpolitischen Materien auseinanderzusetzen. Ein zum Interviewzeitpunkt in vielen Betrieben diskutiertes Thema war das Gesetzesvorhaben zur einfacheren Umsetzung des sogenannten 12-Stunden-Tages. Hier waren von den Befragten – sofern sie sich dazu äußerten – mehrheitlich ablehnende Statements zu vernehmen.

Auch die (mehr oder weniger qualifizierte) Medienrezeption der GesprächspartnerInnen spielt – ungeachtet konkreter eigener Erfahrungen – bei den jeweiligen Einschätzungen zu

[3] Dass im Vergleich dazu z. B. Befragte mit Erfahrungen von Arbeitslosigkeit die eigene Zukunft nicht so optimistisch beschreiben, wird nicht überraschen.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 25–37

arbeitsmarktpolitischen Instrumenten oder der Bewertung von Unterstützungsleistungen für Arbeitslose etc. eine gewichtige Rolle. Das zeigt sich etwa dahingehend, inwiefern der im Boulevard dominierende Tonfall übernommen wird, wonach z. B. längere Perioden in Arbeitslosigkeit reflexartig mit „Sozialschmarotzertum" assoziiert werden oder eben nicht. Darunter leiden wiederum einige der interviewten Arbeitslosen, die sich durch solche Diskurse ungerechtfertigt diskriminiert fühlen und teilweise mit sozialem Rückzug reagieren. Andere Befragte in den Fallstudienbetrieben lehnen solche Zuschreibungen dezidiert ab und verweisen demgegenüber auf die überproportionale Steuer- und Sozialversicherungsbelastung der Mittelschicht oder auf die Unverhältnismäßigkeit von Missbrauchsdiskursen: Nicht sozial Schwache oder MigrantInnen, sondern Steuerflüchtlinge oder die Finanzwirtschaft (Stichwort Bankenrettung) müssten stärker kontrolliert werden.

4 MUSTER DER ZUSTIMMUNG BZW. AKZEPTANZ VON ARBEITSMARKTPOLITIK UND WOHLFAHRTSSTAAT

Arbeitsmarktpolitische Begriffe, Konzepte, Instrumente, Wirkungen u. a. m. bzw. generell Positionierungen zu Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtspolitik werden von der Mehrzahl der Befragten als zusammenhängendes Themenfeld wahrgenommen, zu dem man mehr oder weniger Zustimmung signalisiert. Zunächst kann festgehalten werden, dass sich bis auf wenige Ausnahmen die große Mehrheit durch eine klare Zustimmung zu einem möglichst gut ausgebauten österreichischen Wohlfahrtsstaat charakterisieren lässt, ungeachtet des damit teilweise einhergehenden „Raunzens" über etwaige Fehlentwicklungen in puncto Treffsicherheit etc.

Beim Versuch einer einfachen Typologisierung der GesprächspartnerInnen in jene mit hoher, mittlerer und geringer Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat ergibt sich aus den gesammelten Statements, dass nur sehr wenige die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik bzw. generell das Volumen der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in Österreich grundsätzlich kritisieren oder gar dezidiert ablehnen, weil dieses entweder (für sich selbst) als zu niedrig oder umgekehrt als insgesamt zu teuer und insofern als nicht (mehr) leistbar eingestuft wird. Letztere Einschätzung erfolgt entlang der ökonomischen Argumentation, wonach zwecks Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Verteilungspolitik nachrangig sein müsse. Die Argumentationsmuster dahingehender Statements sind heterogen und teilweise diffus. Am ehesten wird eine konzise Position von (auch) negativen ökonomischen Wirkungen des Wohlfahrtsstaates von zwei Geschäftsführern vorgetragen, allerdings auch von diesen nur dosiert. (Würde man hauptsächlich UnternehmerInnen und nicht MitarbeiterInnen in Betrieben befragen, würde sich womöglich ein anderes Bild ergeben.)

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 25–37

Abbildung 1: Idealtypen mit hoher vs. mittlerer Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat

„Solidarität" – hohe Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat	„Reziprozität" – mittlere Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat
Redistribution, sozialer Ausgleich, Egalität	Reziprozität, Beitragsgerechtigkeit, Versicherungsprinzip
Weitgehend uneingeschränkte Unterstützung auch für sozial schwächere Gruppen (Fürsorge)	Unterstützung für sozial Schwache an Bedingungen geknüpft (Geben und Nehmen bzw. Leistungsbereitschaft)
Generalisierte Reziprozität	Ausgeglichene Reziprozität
Makroperspektive: v. a. Staat und/oder ArbeitnehmerInnenorientierung als Referenzrahmen	Mikroperspektive: z. B. Subsidiarität und/oder (Betriebs-)Familie als Referenzrahmen
Risiko: Überbetonung von Gleichheit und Fürsorge (bei Vernachlässigung des Leistungsprinzips); Fokus auf Identifikation von potenziell Benachteiligten – Tendenz zur Überbetonung von marginalen (gegenüber relevanten) Ungleichheiten	Risiko: Überbetonung von Leistungsgerechtigkeit (auch dort, wo diese faktisch nicht erbracht werden kann); Fokus auf Identifikation von Abweichungen – Tendenz zur Überbetonung von Missbrauch
Analogie zum „moral frame" der „fürsorglichen Mutter" (nurturant)	Analogie zum „moral frame" des „strafenden Vaters" (strict)

Abgesehen von den wenigen kritischen Stimmen lassen sich überraschend klar zwei verbreitete Muster einer Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates identifizieren, denen die Mehrheit bzw. annähernd zwei Drittel der Befragten zugeordnet werden können[4]: Einerseits handelt es sich um eine hohe Zustimmung inklusive weitgehender Solidarität auch für sozial schwache Gruppen wie z. B. Arbeitslose, MigrantInnen oder anderweitig Hilfsbedürftige. Andererseits lässt sich eine mittlere bzw. an Bedingungen geknüpfte Zustimmung identifizieren, die auf eine ausgewogene Balance von Geben und Nehmen nach dem Beitragsgerechtigkeits- oder auch Sozialversicherungsprinzip ausgerichtet ist, wonach Einzahlungen ins System und die Inanspruchnahme von Sozialleistungen zumindest perspektivisch ausgeglichen sein sollten. Mit steigender „Ruralität" des Betriebsstandortes und/oder des Wohnsitzes der Befragten steigt tendenziell die Zustimmung für das Reziprozitätsmuster. Freilich darf bei dieser Gegenüberstellung nicht aus dem Blick geraten, dass es sich dabei um Idealtypen handelt, die in der Wirklichkeit vielfach vager, ambivalenter bzw. in Bezug auf unterschiedliche Materien differenzierter vorgetragen werden.

Auffällig beim – in allen Gesellschaftsformen elementaren – Prinzip der Reziprozität bzw. Gegenseitigkeit ist mancherorts die Überbetonung von Leistungsgerechtigkeit. Diese macht teilweise auch nicht vor jenen Halt, die z. B. die geforderte Leistung (als BeitragszahlerInnen oder am Arbeitsplatz) nicht, noch nicht oder nicht mehr erbringen können, etwa alters- oder gesundheitsbedingt oder weil man erst seit Kurzem in Österreich ist. Überhaupt liegt das Risiko bei der „Scharfstellung" auf die Identifikation von Abweichungen von einer Norm darin, dass damit eine Tendenz zur Überbetonung von bzw. Argwohn gegenüber (häufig nicht näher spezifiziertem) Missbrauch einhergeht. Es sollte dann nicht verwundern, dass – insbesondere in einer medial und/oder politisch aufgeheizten Stimmung – bei etwa der Hälfte dieses Typus

[4] In diese Typologisierung wurden nur die 33 Interviewten aus den drei Untersuchungsregionen aufgenommen, dagegen nicht die sieben (ehemaligen) Arbeitslosen, die dazu weniger eingehend befragt wurden. Wenn von annähernd zwei Dritteln ausgegangen wird, die sich relativ klar einem der beiden Muster „hohe" und „mittlere" Zustimmung zuordnen lassen, ist damit gemeint, dass beim verbleibenden Drittel und abgesehen von Einzelfällen mit „geringer" Zustimmung eine Zuordnung auf Basis der Aussagen im Interview nicht eindeutig möglich ist.

(aber keineswegs bei allen) der Weg zur pauschalen Abwertung von einzelnen Personengruppen nicht besonders weit ist, seien dies Arbeitslose, MigrantInnen oder andere Gruppen von „MinderleisterInnen". In einigen Köpfen dürften zudem die Begriffe „MinderleisterIn" und „Missbrauch" fest assoziativ miteinander verkettet sein, wobei offenbleiben muss, ob nicht da und dort der eigene geringe Selbstwert mit der Unterstellung von Missbrauch bei anderen kaschiert wird („man wird ja noch sagen dürfen").

Beim Wertmuster „Solidarität" bzw. einer hohen Zustimmung zu wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien fällt wiederum auf (in diesem Sample nur sporadisch), dass angesichts hochgehaltener Werte wie Umverteilung und sozialer Ausgleich oder generell Gleichheit mancherorts das Differenzierungsvermögen etwas leidet. Meint Gleichheit Chancengleichheit oder Ergebnisgleichheit? Und soll es z. B. einen freien Zuzug von (sozial schwachen) MigrantInnen nach Österreich geben oder nur entlang bestimmter Kriterien – und wonach wären diese zu bemessen? Angesichts einer Perspektive, wonach sich der Staat oder Interessenvertretungen um Fragen des sozialen Ausgleichs zu kümmern haben, entsteht gelegentlich der Eindruck von einem etwas diffusen Kompass im Berufsleben, etwa dann, wenn das Leistungsprinzip (in einer Erwerbsarbeits- und Leistungsgesellschaft) tendenziell negiert wird. Jenen Personen, die dem Typus „Solidarität" zugeordnet wurden, wird hier keineswegs unterstellt, das Gegenseitigkeitsprinzip auf der Mikroebene des Handelns nicht ausreichend zu würdigen. In vielen Fällen trifft das Gegenteil zu – und mehrmals sind es diese Befragten, die z. B. über ein eigenes ehrenamtliches Engagement berichten. Allerdings öffnet die (Über-)Betonung der Verantwortung des (Wohlfahrts-)Staates auch eine Tür zum Rückzug aus der Verantwortung hin zu individualistischen Positionen oder in Richtung identitätspolitischer Konstruktionen, denen zufolge man sich sicherheitshalber als Mitglied einer wodurch auch immer bedrohten Gruppe definiert, der Unterstützung zuteilwerden muss („meine besonderen Rechte als …"). Daraus entspringt dann eine gewisse politische Wehrlosigkeit gerade in den formal höher gebildeten Milieus, wenn z. B. Akteure vom Schlage eines Donald Trump das vermeintlich unverrückbare Prinzip der Political Correctness ganz einfach außer Kraft setzen.

Die in dieser Arbeit empirisch rekonstruierten Wertvorstellungen zum Wohlfahrtsstaat sind weder neu noch besonders originell. Auf einer konzeptionellen Ebene lassen sich die Spuren zumindest bis zu Karl Polanyi zurückführen, der bereits in den 1940er-Jahren zwischen Redistribution, Reziprozität (Familie) und Markt unterschieden hatte (vgl. Koos/Sachweh 2017). Es lässt sich auch auf Gøsta Esping-Anderson (1990) verweisen, der zwischen sozialdemokratisch-skandinavischen, konservativ-mitteleuropäischen und liberal-angelsächsischen Wohlfahrtsstaatsmodellen differenzierte. Auf der Ebene der empirischen Wohlfahrtsstaats-Akzeptanzforschung finden sich ebenfalls ausreichende Evidenzen (z. B. Adloff/Mau 2005; Leitner/Lessenich 2003; Mau 2002; Jochem 2018; Nielsen 2018), in denen zwischen unterschiedlichen Präferenz- oder Wertemustern unterschieden wird. Wenn in unserer eigenen Studie in dieser Hinsicht nur zwei Muster hervorgehoben werden, dann deshalb, weil ein drittes prominentes Modell inklusive einschlägigem Wertekatalog, das des liberalen (Nachtwächter-)Staates, zumindest bei den dafür Befragten wenig Anklang findet. Ein weiterer Forschungsstrang, der sich im Sinn von „politischem Framing" ebenfalls mit subjektiven bzw. kollektiven Wertausprägungen befasst, identifiziert zwei vergleichbare und gesellschaftlich tief verankerte Muster, nämlich das tendenziell linke „nurturing" versus das eher rechte „strict", womit im übertragenen Sinn die „fürsorgliche Mutter" bzw. der „strenge Vater" gemeint sind (vgl. Feinberg/Wehling 2018; Haidt 2013; Lakoff/Wehling 2008; Wehling 2016).

5 UNTERSCHIEDE ZWISCHEN BETRIEBEN/BERUFEN UND REGIONEN

Lässt man Kontextinformationen wie die Region der Fallstudienbetriebe außer Betracht, liegen betriebs- bzw. berufsspezifische Unterschiede in Bezug auf die Forschungsfragen (Rezeption von Arbeitsmarktpolitik, Wohlfahrtsstaat, Legitimität von LeistungsbezieherInnen) zumindest bei den Befragten dieses Samples nicht gerade auf dem Präsentierteller. Dass die Zugehörigkeit zu einem Unternehmen bereits ein relevantes Kriterium für eine geteilte Weltsicht ist, lässt sich feststellen. Eine längerfristige Sozialisation in einer Erwerbsorganisation schafft eine gemeinsame Geschichte und insofern vergleichbare Ansichten. Ähnliches gilt für die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe, etwa mit Bezug auf Einschätzungen zur Legitimität derer, die Unterstützung durch arbeitsmarktpolitische oder wohlfahrtsstaatliche Leistungen erhalten. Im Sinn der sogenannten Kontakthypothese vertreten Personen aus Dienstleistungsbranchen wie Tourismus und Einzelhandel sowie der Veranstaltungsbranche, die in der Regel deutlich mehr Umgang mit heterogenen Kundengruppen haben als Beschäftigte in Produktionsbetrieben, tendenziell offenere Haltungen gegenüber BezieherInnen von Sozialleistungen. Das ist wohl nicht zuletzt deshalb der Fall, weil sie verinnerlicht haben, z. B. auch Arbeitslose oder MigrantInnen als relevante KonsumentInnengruppen anzusprechen, die man nicht ohne Not verprellt. Dazu kommt, dass etwa in der Hotellerie in Tourismusregionen der Umgang mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern inzwischen zur Alltagspraxis bzw. zum Ortsbild gehört und manche Betriebe ohne migrantische Arbeitskräfte schlicht nicht überleben könnten. Darüber hinausgehende Aussagen, wonach z. B. die hier analysierten Dienstleistungsbranchen günstigere Arbeitsmärkte darstellen als Produktionsbranchen und daher mehr Zukunftsoptimismus vorherrscht, verbieten sich eher, weil letztendlich die tatsächlichen wirtschaftlichen Potenziale eher betriebs- als branchenspezifisch verlaufen.

Zwischen dem formalen Qualifikationsniveau der Befragten und den Stellungnahmen zum Wohlfahrtsstaat lässt sich insofern ein Zusammenhang herstellen, als Personen mit einer mittleren Berufsausbildung (Lehre, Fachschule) überwiegend dem Typus „Reziprozität" zuordenbar sind. Hier lassen sich am ehesten ähnliche Vorstellungen über Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtspolitik identifizieren. Bei Höherqualifizierten mit Matura oder einem akademischen Abschluss gehen die Meinungen auseinander (z. B. zwischen Führungskräften und MitarbeiterInnen), wiewohl sich die Tendenz zeigt, dass Höherqualifizierte eher dem Muster der uneingeschränkten Solidarität zuordenbar sind. Das gilt insbesondere in den sehr ländlichen Regionen wie dem nördlichen Waldviertel, wo damit gleichsam eine Minderheitenposition vertreten wird.

Ebenfalls nur bedingt vergleichbar sind die Positionen von sieben (ehemaligen) Arbeitslosen zu den Projektfragestellungen. Offenkundig wünscht sich diese Gruppe mehr Unterstützung bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt und auch mehr Verständnis für die eigene (missliche) Lage und insofern mehr Arbeitsmarktpolitik bzw. jedenfalls keine Kürzung von vorhandenen Leistungen. Allerdings: Mit dem Wunsch nach mehr Solidarität für die eigene Situation korrespondiert die eigene Solidaritätsbereitschaft für Dritte nicht unbedingt. Das sollte auch nicht überraschen, denn gerade aus der Sicht vieler Arbeitsloser sind z. B. ArbeitsmigrantInnen aus den osteuropäischen Nachbarstaaten KonkurrentInnen um die noch einigermaßen erreichbaren Jobs. Erwähnenswert ist, dass die Mehrheit der hier Analysierten mit Arbeitslosigkeitserfahrungen eher bescheidene Kenntnisse über diverse Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik aufweist. Das gilt etwa in Bezug auf AMS-Förderungen zur Lohnsubventionierung in den ersten Monaten im Arbeitgeberbetrieb oder in Hinblick auf sonstige Unterstützungsmöglichkeiten (Eingliederungsbeihilfe, Arbeitstraining, Arbeitserprobung u. a. m.), welche eine Beschäfti-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 25–37

gungsaufnahme aus Sicht von ArbeitgeberInnen in manchen Fällen erleichtern würden. Außerdem schildern mehrere Befragte ausgesprochen ambivalente AMS-Erfahrungen und bewerten das AMS als relativ „hilflosen Helfer" mit freundlichen BeraterInnen, denen das Bemühen nicht abgesprochen wird, die jedoch oft nur wenig bewirken könnten.

Der Umstand, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen z. B. im Vergleich zwischen dem nördlichen Waldviertel und dem Raum St. Pölten ziemlich unterschiedlich sind, wird in den Interviews zumeist beiläufig erwähnt, als Handlungsrahmen, mit dem man zurechtkommen muss. Entweder wird „viel gebaut" und der Arbeitsplatz ist auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar, oder man muss längere Wegstrecken grundsätzlich mit dem Auto zurücklegen (weil es keinen „tragfähigen" öffentlichen Verkehr gibt oder z. B. in der mobilen Pflege ohnehin täglich hundert oder mehr Kilometer im Fahrzeug abzuspulen sind). In prosperierenden Regionen hat man es zugleich mit einer dynamischen Arbeitsmarktregion zu tun, in der potenzielle Jobwechsel ein überschaubares Risiko darstellen. In Abwanderungsregionen setzt man demgegenüber alles daran, die (privilegierte) Situation eines halbwegs stabilen Jobs tunlichst nicht zu gefährden. Mit solchen Ausgangsbedingungen korrespondieren optimistischere/offenere vs. pessimistischere/weniger aufgeschlossene Positionierungen sowohl zu Arbeitsmarktpolitik und Wohlfahrtsstaat als auch gegenüber Fremden.

Im nördlichen Waldviertel überwiegen konservative Ansichten in Bezug auf die legitime Inanspruchnahme von sozialstaatlichen Leistungen und die generelle Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat fällt verhaltener aus als in den Vergleichsregionen. Ein Gutteil der dort Befragten ist relativ bedenkenlos mit Begriffen wie „Sozialschmarotzer" zur Hand, womit insbesondere längere Zeit Arbeitslose und MigrantInnen gemeint sind. Mit Letzteren hat man allerdings kaum persönliche Erfahrungen, weil in dieser Region der Anteil mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft so niedrig ist wie nirgendwo sonst in Österreich. Erwähnenswert ist, dass das Meinungsspektrum gegenüber AusländerInnen nicht nur im suburbanen Raum rund um St. Pölten, sondern auch in der Obersteiermark deutlich „milder" ausfällt als im nördlichen Waldviertel. Obwohl sowohl das Waldviertel als auch die Obersteiermark ländlich geprägt sind, macht es einen Unterschied, ob man in einer Tourismusregion lebt (und arbeitet) und insofern regelmäßig in Kontakt mit Fremden kommt oder demgegenüber in einer eher peripheren Region, in der außerdem der Fremdenverkehr keine wesentliche Rolle spielt. Dass bei einer relativen Abgeschiedenheit Fremdheit mangels eigener Erfahrung unspezifisch mit Bedrohungslagen assoziiert wird, ist zumindest nachvollziehbar. Im Vergleich dazu nehmen die Befragten in der Region St. Pölten das Wachsen der Wohnbevölkerung samt damit einhergehender Infrastrukturen (Wohnen, Verkehr, Bildung, Konsum u. a. m.) durchwegs positiv wahr und können vielleicht auch deshalb mehr Großzügigkeit und Solidarität für sozial schwächere Personengruppen aufbringen.

BIBLIOGRAFIE

Adloff, Frank und Steffen *Mau* (Hg., 2005), Vom Geben und Nehmen – Zur Soziologie der Reziprozität, Frankfurt/Main: Campus.

Barth, Bertram, Berthold Bodo *Flaig*, Norbert *Schäuble* und Manfred *Tautscher* (Hg., 2018), Praxis der Sinus-Milieus. Gegenwart und Zukunft eines modernen Gesellschafts- und Zielgruppenmodells, Springer VS

Bourdieu, Pierre (1982), Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Dallinger, Ursula (2010), Public support for redistribution: what explains cross-national differences?, in: Journal of European Social Policy, 20, 333–349.

Eichmann, Hubert, Martina *Zandonella*, Julia *Eibl* und Annika *Schönauer* (2019), Wandel der Erwerbsarbeit und Wahrnehmung von Arbeitsmarktpolitik und Wohlfahrtsstaat in Österreich. Studie im Auftrag der GPA-djp; https://www.forba.at/wp-content/uploads/2019/04/FB_1_2019.pdf (Abruf am 6. 5. 2020).

Esping-Andersen, Gøsta (1990), The three worlds of welfare capitalism, Cambridge: Polity Press.

Feinberg, Matthew and Elisabeth *Wehling* (2018), A moral house divided: How idealized family models impact political cognition, in: PLoS ONE 13(4), https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0193347 (Abruf am 6. 5. 2020).

Gollwitzer, Mario, Sebastian *Lotz*, Thomas *Schlösser* und Bernhard *Streicher* (2013), Soziale Gerechtigkeit. Was unsere Gesellschaft aus den Erkenntnissen der Gerechtigkeitspsychologie lernen kann, Göttingen: Hogrefe.

Grausgruber, Alfred (2018), Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Österreich, in: Johann *Bacher*, Alfred *Grausgruber*, Max *Haller*, Franz *Höllinger*, Dimitri *Prandner* und Roland *Verwiebe* (Hg.): Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986–2016, VS Springer, 457–481.

Gundelach, Birte (2017), Soziales Vertrauen in ethnisch heterogenen Nachbarschaften. Eine kritische Evaluation empirischer Ergebnisse, in: Soziale Probleme 28, 207–222.

Haidt, Jonathan (2013), The Righteous Mind: Why Good People Are Divided by Politics and Religion, Vintage.

Haller, Max und Bernadette *Müller-Kmet* (2018), Die Wertorientierungen der Österreicher_innen. Eine Analyse auf Basis des Wertemodells von S. H. Schwartz, in: Johann *Bacher*, Alfred *Grausgruber*, Max *Haller*, Franz *Höllinger*, Dimitri *Prandner* und Roland *Verwiebe* (Hg.): Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986–2016, VS Springer, 51–70.

Hofmann, Julia (2016), Abstiegsangst und Tritt nach unten? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle sozialer Unsicherheit bei der Entstehung dieser am Beispiel Österreichs, in: Wolfgang *Aschauer*, Elisabeth *Donat* und Julia *Hofmann* (Hg.), Solidaritätsbrüche in Europa, Springer VS, 237–257.

Jochem, Sven (2018), Solidarität im deutschen Sozialversicherungsstaat, in: Sozialer Fortschritt 67, 25–44.

Jochims, Thorsten (2016), Social reciprocity as a critical success factor for small and mid-size enterprises: Work relationships as reflections of social exchange structures, in: management revue 27/3, 188–207.

Kohl, Jürgen (2017), Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Hohe Verantwortung, verlorenes Vertrauen?, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12363.pdf (Abruf am 6. 5. 2020).

Koopmans, Ruud (2017), Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration, Berlin: Lit-Verlag.

Koos, Sebastian and Patrick *Sachweh* (2017), The Moral Economies of Market Societies. Popular Attitudes towards Market Competition, Redistribution and Reciprocity in Comparative Per-

spective, in: Socioeconomic Review 17(4), 793–821, https://doi.org/10.1093/ser/mwx045 (Abruf am 6. 5. 2020).

Kotthoff, Hermann und Josef *Reindl* (1990), Die soziale Welt kleiner Betriebe. Wirtschaften, Arbeiten und Leben in mittelständischen Industriebetrieben, Göttingen: Schwartz.

Lakoff, George und Elisabeth *Wehling* (2008), Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Carl-Auer Verlag.

Leitner, Sigrid and Stephan *Lessenich* (2003), Assessing Welfare State Change: The German Social Insurance State between Reciprocity and Solidarity, in: Journal of Public Policy 23(3), 325–347.

Liebig, Stefan und Carsten *Sauer* (2013), Soziologische Gerechtigkeitsanalyse. Überlegungen zur theoretischen Fundierung eines Forschungsfeldes, in: Analyse & Kritik 2/2013, 371–394.

Manow, Philip (2018), Populismus rechts und links, Nord und Süd, Ost und West, in: Soziopolis, 2. 3. 2018; https://soziopolis.de/beobachten/politik/artikel/populismus-rechts-und-links-nord-und-sued-ost-und-west/ (Abruf am 6. 5. 2020).

Mau, Steffen (2002), Wohlfahrtsregimes als Reziprozitätsarrangements. Versuch einer Typologisierung, in: Berliner Journal für Soziologie 3/2002, 345–364.

Müller, Stella und Jens *Zimmermann* (Hg., 2018), Milieu – Revisited. Forschungsstrategien der qualitativen Milieuanalyse, Springer VS.

Nielsen, Mathias Herup (2018), Four normative languages of welfare: a pragmatic sociological investigation, in: Distinction – Journal of Social Theory, Vol. 19(1), 47–67.

Oelkers, Nina (2016), Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum, in: Michal *Herbst* et al. (Hg.), Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum, Wiesbaden: Springer VS, 179–196.

Prainsack, Barbara (2016), Das Solidaritätsprinzip: Ein Plädoyer für eine Renaissance in Medizin und Bioethik, Frankfurt/Main: Campus.

Schulze, Gerhard (1992), Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/Main: Campus.

Svallfors, Stefan (Hg., 2012), Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford: Stanford University Press.

Tálos, Emmerich (2006), Sozialpolitik. Zwischen Expansion und Restriktion, in: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Helmut *Kramer*, Vokmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller* und Emmerich *Tálos* (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 624–636.

Ullrich, Carsten G. (2008), Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster, Wiesbaden: VS Verlag.

Van Oorschot, Wim (2010), Public perceptions of the economic, moral, social and migration consequences of the welfare state. An empirical analysis of welfare legitimacy, in: Journal of European Social Policy 20(1), 19–31.

Verwiebe, Roland, Lena *Seewann*, Wolf, Margarita *Wolf* (2018), Zur Relevanz verschiedener Lebensbereiche für die Entstehung individueller Werthaltungen. Aktuelle Befunde für Österreich aus einer Mixed-Methods-Studie, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 43, 179–201.

Wehling, Elisabeth (2016), Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht, edition medienpraxis, 14, Köln: Halem.